

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Neue Turnhalle in Grottenhof auch für Vereine öffnen (GR Kurt Luttenberger, KPÖ)

„Schule ist mehr als ein Ort des Lernens. Sie bietet Raum für Begegnungen, Freiheit für Entwicklung, Entfaltung, Wachsen und Reifen junger Menschen.“ (Direktor LFS Grottenhof DI. E. Kerngast)

Unsere Landesfachschule für Land- und für Forstwirtschaft Grottenhof wird seit geraumer Zeit umgebaut und nach Fertigstellung eine österreichische Spitzenausbildungsstätte im Bereich Land- und Fortwirtschaft. Dazu gehört auch die Errichtung einer modernen, zeitgemäßen Turnhalle bzw. das Adaptieren bestimmter Flächen für sportliche Zwecke.

Es gibt in diesem Teil der Stadt Graz ein großes Interesse verschiedener Vereine (z.B. LUV usw.) bei Freistand der Turnhalle diese nutzen zu können/dürfen.

Bekanntlich möchten die Verantwortlichen der Stadt Graz, bzw. das Sportamt bis 2030 unsere Landeshauptstadt zu einer „Sportgroßstadt“ entwickeln. Ich gehe davon aus, dass Trainings- und Bewegungsmöglichkeiten unserer Vereine hier sicherlich fixer Bestandteil dieser wichtigen Absichten sind.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Der zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird aufgefordert, mit den zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen und sich, im Sinne des Motiventextes, für eine Nutzung der neuen Turnhalle der Landesfachschule Grottenhof durch Vereine einzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.2 Abstellplätze für Lastenräder – Zweirad-Parkgarage
(CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In Graz ist es schon langsam zu erkennen – die Tage werden länger, die Temperaturen werden höher, erste Blumen wachsen im Stadtpark – kurzum der Frühling macht sich langsam in unserer Stadt bemerkbar. Mit den steigenden Temperaturen steigt auch wieder die Zahl der Fahrradfahrenden in Graz. Positiv zu erwähnen ist, dass immer mehr Grazerinnen und Grazer auf den Drahtesel umsteigen. Auch die Anzahl der Lastenräder steigt stetig in Graz an und bietet den Menschen die Möglichkeit Einkäufe oder Gegenstände einfach und unkompliziert mit dem Rad zu transportieren.

Vergleicht man ein durchschnittliches Fahrrad mit einem geläufigen Lastenrad wird man augenscheinlich einen deutlichen Größenunterschied erkennen. Wirft man dann noch einen Blick auf die derzeit herrschenden Abstellmöglichkeiten für Räder ergibt sich eine Divergenz zwischen Platz und Größe der Lastenräder. Lastenräder sind länger und breiter und passen nicht in die derzeit vorhandenen Abstellflächen für Räder. Oft werden Lastenräder dann so abgestellt, dass sie den Platz für mehrere normale Fahrräder einnehmen, Fußgänger behindern oder den Verkehrsfluss stören. Weiters werden sie auch – ebenso wie andere Zweiräder (Roller, E-Bikes, Mopeds u.a.) – immer häufiger in Kurzparkzonen abgestellt und bleiben dort auch manchmal über Monate stehen. Damit vereinnahmen sie nicht nur Parkflächen für Anrainer oder Besucher, sondern es entgehen der Stadt auch Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung. Da zu erwarten ist, dass die Anzahl von Lastenrädern in der Stadt weiter steigen wird, sind hier Überlegungen anzustellen, wie weitere Parkmöglichkeiten geschaffen werden können, wobei eine reine Umwidmung vorhandener Parkmöglichkeiten aufgrund des jetzt schon sehr großen Parkdrucks bzw. fehlender sowie hinkünftig ersatzlos gestrichener Parkflächen dafür nicht geeignet erscheint. Anzudenken ist daher eine Zweirad-Rad-Parkgarage in zentraler Lage, wie es sie z.B. bereits in Münster gibt.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den folgenden

Antrag:

Die zuständige Stadtsenatsreferentin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht,

1. Möglichkeiten zum sicheren Abstellen von Lastenrädern ohne Beeinträchtigung anderer Verkehrsteilnehmer zu schaffen. Dabei ist insbesondere an Parkmöglichkeiten in Parkhäusern oder Tiefgaragen zu denken, in welchen diese Räder witterungsgeschützt sind und gleichzeitig kein Platz auf der Oberfläche gebraucht wird.
2. zu prüfen, wie und wo in möglichst zentraler Lage die Umsetzung einer Zweirad-Parkgarage nach den Vorbildern von Münster, Utrecht oder Amsterdam umsetzbar ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.3 Sensibilisierung für korrekte Hundekot-Entsorgung
(GRⁱⁿ Anna Hopper, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In Graz gibt es über 500 Säckchenspender; 4,5 Millionen Hundesackerl werden jährlich verwendet. Während in Graz viele HundebesitzerInnen den Kot ihrer Vierbeiner gewissenhaft und vorschriftsgemäß entsorgen, sorgen jene für Ärgernis, die die Hinterlassenschaften ihrer Hunde auf öffentlichen Flächen zurücklassen.

Laut Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetz sind Hunde auf öffentlichen Flächen, wie bspw. Parks, sicher zu verwahren; die Hunde sind anzuleinen. Für öffentliche Geh- oder Spazierwege und andere Begegnungszonen gilt laut Straßenverkehrsordnung, dass das Verunreinigen zu vermeiden ist. Verstöße können bereits jetzt eine Verwaltungsstrafe nach sich ziehen.

Für Gemeinden besteht außerdem die Möglichkeit, durch eine ortspolizeiliche Verordnung weitere Verschärfungen festzusetzen und somit die Verunreinigung durch Hunde strafbar zu machen und den Hundehalter in die Verantwortung zu nehmen. Die rechtliche Handhabe ist allerdings in der Praxis sehr mühsam. Aus diesem Grund sollte verstärkt an das Pflichtbewusstsein der HundehalterInnen appelliert werden. Neben dem Rücksicht-Nehmen auf Mitmenschen sollte jedenfalls auch das geläufige Missverständnis thematisiert werden, dass es sich bei Hundekot nicht um guten Dünger für öffentliche Grünflächen handelt. Die meisten Ökosysteme haben niedrige Nährstoffwerte. Die Überdüngung durch durchschnittlich 11 kg Stickstoff und 5 kg Phosphor, die jährlich durch einen Hund freigesetzt werden können, führt zu einer Reduktion der Biodiversität. Aus diesem Grund stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Antrag:

Die für Umwelt und Grünraum zuständige Stadtsenatsreferentin Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht, gemeinsam mit der für Tierschutz zuständigen Stadtsenatsreferentin Claudia Schönbacher eine Kampagne zur Sensibilisierung von HundebesitzerInnen über die Schädlichkeit von im öffentlichen Raum zurückgelassenen Hundefäkalien umzusetzen, die das Ziel haben soll, HundebesitzerInnen die Verwendung der Hundesäckchen ins Gewissen zu rufen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.4 Masterplan für öffentliche Spielplätze (GRⁱⁿ Marion Kreiner, ÖVP)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Auf Spielplätzen finden Kinder Gelegenheit, ihre körperlichen Fähigkeiten zu entdecken, Fertigkeiten zu erlernen und eigene Grenzen zu erfahren. Für viele Kinder – vor allem in städtischen Gebieten – sind Spielplätze oft die einzigen Orte, an denen sie sich ihrem Alter entsprechend austoben und ausprobieren können. Darüber hinaus bieten Spielplätze die Möglichkeit Natur zu erfahren, Abenteuer zu erleben oder soziale Kontakte zu knüpfen. Neben motorischem Lernen fördert das gemeinsame Spiel auch die soziale Interaktion mit anderen Kindern. Die Kinder lernen zu teilen, Probleme zu lösen und Freundschaften zu schließen.

Graz hat in der Vergangenheit schon viel für Familien und Kinder in dieser Hinsicht getan. So wurde unsere Stadt 2020 in einem Re-Audit Prozess als „familienfreundliche Gemeinde“ inklusive einem Zusatzzertifikat der UNICEF ausgezeichnet.

Leider gibt es aber auch negative Beispiele, in Bezug auf die Spielplatzgestaltung und Erhaltung. Immer wieder waren Spielgeräte über einen längeren Zeitraum nicht nutzbar. Da die Spielgeräte regelmäßig überprüft werden, ist ein frühzeitiges Erkennen von starker Abnutzung zeitnah erkennbar. Dementsprechend könnten Geräte schon bestellt und ausgetauscht werden, bevor sie gar nicht mehr nutzbar sind. Als Beispiel der Austausch der Rutsche im Stadtpark-Spielplatz, dieser dauerte Monate.

Ein weiteres Beispiel für offensichtlich fehlendes Zeitmanagement beim Spielplatzbauten im Stadtpark: Seit Baubeginn des neuen Holding-Stützpunktes und Infopoints im Stadtpark 2022 wurde ein Spielgerät komplett entfernt. Danach wurde zwar ein neues Spielgerät im Umbaubereich aufgestellt, jedoch blieb dieses für Monate abgesperrt!

Anderes Beispiel ist der Spielplatz Floßlend. Hier gibt es außer einem Basketball-Platz kein einziges Spielgerät.

Die Kritik vieler Bürger:innen, mit denen ich gesprochen habe, ist grundsätzlich gleich. Es gibt zu wenig Information über die Art und Dauer der Umbauarbeiten. Es gibt auch zu wenig Information über die zukünftigen geplanten Spielplätze. Und schlussendlich haben auch nicht alle Spielplätze barrierefreie und inklusive Spielgeräte wie z.B. eine unterfahrbare Sandkiste.

Spielplatzplanung bedeutet kontinuierliche Befassung mit den Bedürfnissen und Wünschen unterschiedlicher Zielgruppen – auch ältere Personen, bewegungseingeschränkte und sonstige inklusiv zu betrachtende Personen und Personengruppen sind miteinzubeziehen.

Um den oben erwähnten Problemstellungen entgegenzuwirken, möchte ich neue Synergien anregen und verstärken. Konkret geht es um Synergien, wie man öffentliche Spielplätze in Graz in Zukunft stringent, anhand eines Gesamtplans, mit einer Priorisierung für alle Grazer:innen nachhaltig und transparent gestalten kann.

Daher stelle ich im Namen des Grazer ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die für Grünraum zuständige Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner möge – aufbauend auf dem bereits bestehenden Grünraum Jour fixe – einen Gesamtplan für öffentliche Spielplätze für die kommenden 5 Jahre entwerfen. Dieser Gesamtplan soll jedenfalls enthalten:

- Eine Strategie in der festgelegt wird,
 - wo,
 - mit welcher Priorisierung,
 - in welchem Umfang,
 - in welcher Art (Spielgeräte für z.B. Kleinkinder oder ältere Kinder),
 - zu welcher Zeit und
 - wie lange (Bau-)Arbeiten bei bestehenden und auch zukünftigen Spielplätzen geplant sind.

- Eine transparente Kommunikation für Bürger:innen mittels Infotafeln an Spielplätzen, an welchen Umbauarbeiten stattfinden bzw. stattfinden werden; so vor allem hinsichtlich Art und Dauer der Arbeiten.
- Die Mitberücksichtigung und ein klares Bekenntnis von barrierefreien und inklusiven Spielgeräten in jedem Bezirk.
- Die Einbeziehung aller relevanten Abteilungen der Stadt Graz.
- Beteiligung von Interessensgruppen, die den Spielplatz tatsächlich nutzen, durch Aushang am Spielplatz.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 Barrierefreie Baustellenabgrenzung und Baustelleninformationen in einfacher Sprache – Pilotprojekt Neutorgasse
(GRⁱⁿ Cornelia Leban-Ibrakovic, MBA, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Baustelle in der Neutorgasse stellt für viele Grazer Bürger:innen eine große Herausforderung dar. Aufgrund der geplanten langen Bauzeit könnte diese Baustelle auch hinsichtlich Barrierefreiheit ein Vorzeigebispiel werden.

Denn es sollte nicht nur die Absicherung für alle Grazer:innen gewährleistet sondern vor allem auch darauf geachtet werden, dass alle Informationen zu den Mobilitätseinschränkungen, Umleitungen und Abläufen auch in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden.

In der Antwort auf meinen Antrag vom 19.1.2023 wurde mir mitgeteilt, dass es in diversen Gesetzen keine Regelungen zu barrierefreien Baustellenabgrenzungen gäbe

und dies in der Zuständigkeit des Straßenamtes liege. Mein Antrag wurde diesbezüglich auch ans Straßenamt weitergeleitet.

Aufgrund der Aktualität in der Neutorgasse und der in den nächsten Jahren geplanten Großbaustellen in Graz sehe ich es dennoch erforderlich, dass nicht nur die gesetzlich verankerten Maßnahmen zur Barrierefreiheit umgesetzt werden, sondern auch geprüft wird, was wir als Stadt an zusätzlichen Maßnahmen im Sinne eines inklusiven Bürgerservices umsetzen können.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen mögen prüfen, inwieweit eine Barrierefreiheit in den Baustellenabgrenzungen und die Verfügbarkeit von Baustelleninformationen in einfacher Sprache bereits gegeben bzw. möglich sind.

Die Ergebnisse des Berichtes mögen dem Gemeinderat vorgelegt und als etwaige Diskussionsgrundlage zur Barrierefreiheit von Baustellen in Zukunft dienen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Wartehäuschen Endhaltestelle Dürrgrabenweg
(GRⁱⁿ Cornelia Leban-Ibrakovic, MBA, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Das von der Bevölkerung gewünschte Wartehäuschen an der Endhaltestelle Dürrgrabenweg wurde bereits mehrfach vom Bezirksrat Andritz bei den zuständigen Stellen urgirt, aber abgewiesen.

Für die in diesem Bereich auf die öffentlichen Verkehrsmitteln angewiesenen Bürger:innen ist dieses Wartehäuschen ein wichtiger Unterstand bei schlechtem

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 30. März 2023

Wetter und für alle Menschen mit Gehbehinderungen eine wichtige Erleichterung während der Wartezeit.

Außerdem handelt es sich bei der Linie 41 um eine sehr wichtige Verbindung. Sie versorgt auf dem Weg zum LKH und zur MedUni, auch

die Karl-Franzens-Universität

Ortweinschule

die Pädagogische Hochschule Steiermark

BG/BRG Carneri

die Pädagogische Hochschule Augustinum

BG/BRG Kirchengasse

die Wirtschaftskammer und das WIFI

Bischöfliches Gymnasium und VS

und viele Schulen:

HLW Sozialmanagement

VS Viktor Kaplan

BG/BRG Seebachergasse und

Mittelschule Viktor Kaplan

Mittelschule/BG Ursulinen

BRG Körösi

Bei der Haltestelle Dürrgrabenweg handelt es sich nicht nur um die Endhaltestelle der Linie 41/41E, sondern auch um eine Haltestelle der Regionallinien 240 und 241.

Vergleichbare Buslinien haben sehr wohl auch an den Endhaltestellen Wartehäuschen (Linie 58 – Ragnitz, Linie 67 – Zanklstraße, Linie 53 – Stattegg/Fuß der Leber).

Deswegen stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen mögen die Errichtung des Wartehäuschens Dürrgrabenweg in die Wege leiten, damit dem dringenden Wunsch der Bürger:innen Folge geleistet wird.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.7 Platz vor dem Steirerhof – neue Radabstellmöglichkeiten
(GRⁱⁿ Elisabeth Potzinger, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Für Fußgänger ist es fast unmöglich geworden, den Eingang beim Steirerhof / Billa ohne Umweg zu erreichen. Beim Abstellen der Räder wird keine Rücksicht auf die Fußgänger:innen genommen – die Fahrräder / Lastenräder stehen kreuz und quer. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden ersucht, auf dem Platz vor dem Steirerhof die bisherigen Abstellmöglichkeiten der Fahrräder / Lastenräder einer Überprüfung zuzuführen und eventuell einer anderen, dem Andrang gerecht werdenden Lösung – u.U. in der Platzmitte, wo der Platz vorhanden wäre – zuzuführen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Gefährdung durch Hangwässer im Bereich Martinhofstraße, Weblinger Straße, Ferdinand-Prirsch-Straße, Salfeldstraße
(GR DI Georg Topf, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Bezugnehmend auf die Fragestunde vom 03.11.2020 - gerichtet wegen des Zusammenhanges mit dem geforderten Gehsteigausbau in diesem Gebiet an dich als die seinerzeit zuständige Verkehrsreferentin - und die diesbezügliche Beantwortung wird zum wiederholten Male eindringlich auf die Gefährdungssituation durch Hangwässer im Bereich Martinhofstraße, Weblinger Straße, Ferdinand-Prirsch-Straße und Salfeldstraße hingewiesen, zumal auch aus der anrainenden Bevölkerung ausdrücklich auf diesen bedrohlichen Umstand aufmerksam gemacht und bereits ein fachkundiges Ingenieurbüro zumindest informell mit diesem Sachverhalt befasst wurde.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, aus fachlicher Sicht das Gefährdungspotential durch Hangwässer in den vorgenannten Bereichen zu beurteilen bzw. durch ein fachkundiges Ingenieurbüro untersuchen zu lassen und über das Ergebnis dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung zu berichten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.9 Integrationsstrategie – Starke Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund
(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Claudia Unger, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Vor wenigen Wochen wurde von Integrationsstadtrat Mag. Robert Krotzer eine Integrationsstrategie angekündigt, die dieses für Graz wichtige Thema zum Inhalt haben soll. Das ist richtig und wichtig. Wünschenswert dabei ist ein starker Fokus auf Frauen mit Migrationshintergrund, um ihre Einbindung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zu stärken.

In Graz leben rund 170.000 Frauen. Beinahe ein Drittel der in Graz lebenden Menschen hat einen Migrationshintergrund und ist es hinlänglich bekannt, dass Integrationsstrategien einen besonderen Fokus auf Frauen legen müssen. Um Integration zu ermöglichen, bedarf es guter Kenntnisse der deutschen Sprache. Es kann nicht sein, dass Mütter nicht am Geschehen im Kindergarten oder in der Schule teilhaben können, nur weil sie durch mangelnde Sprachkenntnisse ausgeschlossen sind oder gar in einem Notfall nicht telefonisch verständigt werden können, da sie die Lehrerin oder den Lehrer bzw. die Pädagogin oder den Pädagogen nicht verstehen. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist darüber hinaus auch notwendig, um ein selbstbestimmtes und emanzipiertes Leben führen zu können. Das setzt jedoch voraus, dass sich Frauen in Vereinen und Organisationen einbringen und mitmachen können – auch hierfür ist die Sprache der Grundstein. Durch die Vernetzung und durch den Austausch mit anderen Eltern kann es zudem gelingen, soziale Barrieren zu überwinden und auch Kinder von Migrantinnen und Migranten besser in die Gesellschaft einzubinden.

Frauen sind starke Mentorinnen für ihre Kinder. Daher ist es wichtig, dass sie in der Berufsorientierung miteingebunden sind. Wir fordern daher den weiteren Ausbau der Bildungskordinatorinnen. Das bringt auf der einen Seite eine starke Einbindung der Frauen ins gesellschaftliche Leben und stattet sie mit Wissen über unser Bildungssystem aus.

Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund scheiden aus dem Bildungswesen früher aus als Kinder ohne Migrationshintergrund. Die 1. Schulstufe besuchten österreichweit rund 20 Prozent der Kinder, die über keine österreichische Staatsbürgerschaft verfügten. Betrachtet man die Umgangssprache, so liegt der Anteil der Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache bei rund 30 Prozent.

Bei Betrachtung der Schulstatistik zeigt sich auch, dass ein großer Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bereits vor dem Erreichen der 9. Schulstufe die neunjährige Schulpflicht erreichen und daher oftmals die für die Berufsorientierung wichtige Polytechnische Schule nicht besuchen.

Als im Jahr 2012 das Projekt 'I-Connect' ins Leben gerufen wurde, lag das Ziel der Maßnahme darauf, Bildungsbenachteiligung abzubauen und Zugänge zu schaffen, um die Bildungsbeteiligung bei Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Über Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft erhielten schwer zu erreichende sowie bildungsfernere Gruppen einen leichteren Zugang zu Informationen über das österreichische Bildungsangebot.

Aktuell sind noch vier BIKOs als geringfügig Beschäftigte im Integrationsreferat tätig und unterstützen im ABI-Service vor Ort. Sie sind die Info-Drehscheibe zu den Angeboten des ABI und des IBOBB-Café und leisten einen wichtigen Beitrag, um über die unterschiedlichen Themen wie Schulbesuch, Kinderbildungsangebote oder Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu informieren. Diese BIKOs sind eine wesentliche Stütze des Integrationsreferates, wenn es um den niederschweligen Zugang zur Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten geht. In der Antwort von StR Mag. Robert Krotzer vom 14.2.2022 auf einen bereits gestellten Antrag zu den Bildungs Koordinatorinnen und Bildungs koordinatoren bildete StR Mag. Robert Krotzer die Geschichte und wertvolle Arbeit der BIKOS ab – ohne jedoch konkrete Zukunftsperspektiven zu nennen. Zu begrüßen ist, dass es in den letzten Jahren viele Initiativen und einen sukzessiven Ausbau dieses wichtigen Angebots gegeben hat. In einem weiteren Schritt wollen wir diesen Ausbau im Bereich der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund abbilden.

Zugleich soll das Tätigkeitsspektrum der BIKOs erweitert werden, um das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten in die Verwaltung zu stärken und einen niederschweligen Zugang zu den Angeboten der Stadt Graz sowie der ehrenamtlichen Vereine zu schaffen. Information durch Menschen mit Migrationshintergrund für Menschen mit Migrationshintergrund überwindet sprachliche sowie kulturelle Barrieren einfacher und trägt zum einfacheren Gelingen integrativer Prozesse bei. In Zukunft sollte deshalb der Aufgabenbereich der BIKOs - neben der Information über das Grazer Bildungsangebot - die Bereiche Sport, Gesundheit, Pädagogik und Soziales umfassen und einen starken Fokus auf Frauen mit Migrationshintergrund richten. Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

Antrag:

Stärkere und aktivierender Einbindung von Frauen in Sprachkursen mit gleichzeitiger Kinderbetreuung, um eine intensivere gesellschaftliche Einbindung gerade von Frauen zu ermöglichen.

Um das soziale Gleichgewicht herzustellen, wird Stadtrat Mag. Robert Krotzer aufgefordert, für Frauen explizit Projekte zu entwickeln, die diese Zielgruppe ansprechen und einen Anreiz zu schaffen, um an Kursen teilzunehmen.

Zudem soll die erfolgreiche Geschichte der BIKOs weitergeführt werden. Deshalb wird Mag. Robert Krotzer, als zuständiges Mitglied des Stadtsenates, ersucht, den Ausbau der interkulturellen BIKOS zu forcieren und ihr Tätigkeitsspektrum zu erweitern.

Durch die Stadt müssen Personen mit qualifizierter Erfahrung im Bereich der Bildung (mit besonderem Schwerpunkt im Bereich der Lehre), des Sports, der Gesundheit, der Pädagogik und des Sozialwesens gewonnen werden, um das Wissen über die zahlreichen positiven Aspekte und der damit einhergehenden Möglichkeiten

- der österreichischen Ausbildungslandschaft,
- der dualen Ausbildung,
- des städtischen Verwaltungsangebotes sowie

- der ehrenamtlichen Grazer Vereine

in die migrantischen Communities zu tragen und so Frauen besser anzusprechen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.10 Sitzgelegenheiten Fußgänger:innenzonen (GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Stadt lädt ein – zum Verweilen, zum Schauen, zum Genießen. Umso wichtiger ist es, auch abseits der „konsumationspflichtigen“ Schanigärten für die Grazer:innen wie auch für die hunderttausenden Tourist:innen über ausreichend Sitzmöglichkeiten zu verfügen. In einer Stadt der kurzen Wege und der fußgänger:innenfreundlichen Gestaltung sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

Leider gibt es aber immer wieder Klage darüber, dass es genau an dem – nämlich an ausreichend Sitzgelegenheiten speziell in den Fußgänger:innenzonen und in den verkehrsberuhigten Zonen – fehle, dass die wenigen Bänke insbesondere in der Herrengasse alles andere als ausreichen. Erst mehr solcher Sitzmöglichkeiten – idealerweise in Verbindung etwa mit Pflanztrögen, die zusätzliches Grün bringen – machen aus Straßen jene attraktiven Flaniermeilen, wie wir sie aus anderen Städten kennen. Wobei Smartbänke, wie es sie bereits in vielen europäischen Städten gibt, natürlich in einer Stadt wie Graz, die für Modernität und Innovation, für Forschung und Fortschritt steht, naturgemäß die Ideallösung wären: Mit integrierten Solarpanel ausgestattet, könnten sie beispielsweise unter anderem über USB-Anschlüsse zum raschen Aufladen von Handys und oder Tablets dienen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht die Möglichkeiten der Ausweitung der Sitzgelegenheiten sowie der temporären Begrünung in den Fußgänger:innenzonen und insbesondere in der Herrengasse zu überprüfen und ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu erarbeiten, wobei auch die Ausstattung mit Smartbänken in die Überlegungen miteingeschlossen werden sollte.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Verkehrssicherheit Mariagrüner Straße
(GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Tempo 30 auf Nebenstraßen stellt eine wesentliche Verbesserung der Wohnqualität für Anrainer:innen dar, da diese Tempobremse nicht nur den Verkehrslärm reduziert, sondern auch die Verkehrssicherheit deutlich erhöht. Letzteres ist im Übrigen naturgemäß ein Plus für alle Verkehrsteilnehmer:innen: für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen ebenso wie auch für Autofahrer:innen. Doch leider kommt es auch in Graz immer wieder vor, dass KFZ-Lenker:innen die wesentlichen Grundregeln von Tempo-30-Zonen, nämlich die Geschwindigkeitsbegrenzung sowie die Rechtsregel an Kreuzungen, missachten, was dann oft zu gefährlichen Situationen und bisweilen sogar zu Unfällen führt. Das ist aber nicht immer auf Gedankenlosigkeit oder gar

Rücksichtslosigkeit zurückzuführen, sondern oftmals auf Unwissenheit, dass man sich auf einer Tempo-30-Straße befindet.

Es wäre wichtig, nicht nur eingangs von Tempo-30-Straßen deutliche Beschilderungen und sichtbare, regelmäßig erneuerte Bodenmarkierungen anzubringen: Ebenso wichtig wäre es, in 30er-Zonen an Kreuzungsbereichen mit Bodenmarkierungen wie beispielsweise den in vielen Städten und Gemeinden verwendeten „Haifischzähnen“ auf die Rechtsregel aufmerksam zu machen, die zudem laut Verkehrsexpert:innen auch als Tempobremsen wirken. Nicht zu vergessen, regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen wären sicher auch ein Beitrag, potentielle Raser:innen auf die Geschwindigkeitsbeschränkung aufmerksam zu machen – dies alles im Sinne der Wohn- und Lebensqualität der Anrainer:innen und der Verkehrssicherheit für alle. Dies betrifft selbstverständlich alle Tempo 30-Bereiche in Graz, ganz besonders dringend wären solche Maßnahmen jedoch in der Mariagrüner Straße zu setzen. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht dafür Sorge zu tragen bzw. zu veranlassen, dass die Mariagrüner Straße ausreichend beschildert und mit gut sichtbaren Bodenmarkierungen, evtl. auch mit „Haifischzähnen“, versehen wird. Weiters sollen regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.12 Kennzahlen Mittelschulen
(GRⁱⁿ Dipl.Wirtschaftsing.ⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, SPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

In vielen Bereichen der Kinderbetreuung wie auch des Bildungsbereiches gibt es derzeit herausfordernde Aufgabenstellungen, die auf den gesellschaftlichen Wandel, aufsteigende Erwartungshaltungen ebenso wie auf den zunehmenden ökonomischen Druck oder auf die Migration zurückzuführen sind. Werden diese Herausforderungen nicht gemeistert, geht das zu Lasten der Zukunft der Kinder. Denn vielfach sind Eltern, Erziehungsberechtigten oder Angehörigen nicht mehr in der Lage, hier ausgleichend zu wirken. Umso wichtiger ist es, da rechtzeitig Entwicklungen zu erkennen und gegensteuern zu können. Dabei können auf Daten und Zahlen basierende Analysen wertvolle Hilfen sein, um die entscheidenden Zusammenhänge zu erkennen. In diesem Sinne wäre gerade eine transparente Faktenlage in Hinblick auf die Grazer Mittelschulen von entscheidender Bedeutung, um der Politik eine Grundlage für zukunftsorientiertes Handeln zu liefern.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die jährliche Veränderung nachfolgender Kennzahlen aus dem Bereich der Mittelschulen der letzten 5 Jahre dem Bildungsausschuss zu weiteren Beratungen zur Verfügung stellen:

· Anzahl der Kinder mit Wohnsitz in Graz und außerhalb in den jeweils unterschiedlichen Ausrichtungen der Mittelschulen und in den verschiedenen Formen (halbtags, ganztags, verschränkt, alternativ)

· Zahl der Anmeldungen zum Mittagstisch in den Schulformen, in denen dafür ein Wahlrecht besteht Dem Bildungsausschuss ist dazu bis Juni ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 Adaptierung Ziehrerstraße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Ziehrerstraße im Grazer Süden ist Hauptverkehrsroute rund um Puntigamer Straße, Grünanger Siedlung, Andersengasse sowie zu weiten Teilen Liebenaus. Deshalb kommt es dort immer wieder zu Verkehrsüberlastungen. Ein Ausbau der Ziehrerstraße würde dem entgegenwirken.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein Ausbau der Ziehrerstraße möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.14 Beleuchtung Autobahnunterführung Sternäckerweg
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Auf Grund unserer Initiative zum Thema Beleuchtung in der Stad Graz erreichten uns zahlreiche Meldungen über weitere Beleuchtungsmisstände in diversen Straßen. Ein Straßenabschnitt davon ist die Autobahnunterführung Sternäckerweg, in der es laut Bürgerangaben immer wieder zu Ausfällen der öffentlichen Beleuchtung kommt.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann für den betreffenden Straßenabschnitt eine Verbesserung herbeigeführt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 Beleuchtung Johanna-Kollegger-Straße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Auf Grund unserer Initiative zum Thema Beleuchtung in der Stad Graz erreichten uns zahlreiche Meldungen über weitere Beleuchtungsmisstände in diversen Straßen. Eine davon ist die Johanna-Kollegger-Straße, in der laut Bürgerangaben die öffentliche Beleuchtung unzureichend ist.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann für die betreffende Straße eine Verbesserung der Beleuchtung herbeigeführt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.16 Beleuchtung Nittnergasse
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Auf Grund unserer Initiative zum Thema Beleuchtung in der Stadt Graz erreichten uns zahlreiche Meldungen über weitere Beleuchtungsmisstände in diversen Straßen. Eine davon ist die Nittnergasse, in der laut Bürgerangaben die öffentliche Beleuchtung unzureichend ist.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann für die betreffende Gasse eine Verbesserung herbeigeführt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.17 Bodenmarkierungen und Beschilderung für mehr Sicherheit in der Rudersdorfer Straße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Rudersdorfer Straße ist eine vielbefahrene Seitenstraße im Süden von Graz. Auf Grund ihrer Lage und guten Anbindung ist sie bei vielen Pendlern beliebt und wird oft auch als „Schleichweg“ benutzt.

Da die Straße jedoch nach wie vor nicht ausgebaut ist, leiden Anrainer unter vielfältigen Problemen wie zum Beispiel Lärm, fehlenden Gehwegen und mangelnder Verkehrssicherheit.

Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, gäbe es die Möglichkeit, gefährliche Stellen gesondert zu markieren und so auf sie aufmerksam zu machen. Als Beispiel dient hierzu die Feldkirchner Straße in Seiersberg, wo Übergänge und Ausfahrten entsprechend markiert wurden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann zur Erhöhung der Verkehrssicherheit besonders gefährliche Straßenabschnitte und Übergänge laut Motiventext markiert werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.18 Erneuerung der Tischtennisplatte in der Dechant-Binder-Anlage
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Tischtennisplatte der Dechant-Binder-Anlage wird gerne von den Anrainern zur Freizeitgestaltung genutzt. Leider ist die Platte bereits in die Jahre gekommen und bedarf einer Erneuerung.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Tischtennisplatte in der Dechant-Binder-Anlage erneuert werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.19 Erweiterung des Bettelverbotes
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Seit Jahren beschäftigt die Problematik rund um die organisierte Bettelei Politik und Stadtverwaltung. Nun gibt es eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) zu einer Beschwerde gegen das sektorale Bettelverbot in Salzburg.

Der Spruch des VfGH lautet wie folgt: Die geltenden Verordnungsbestimmungen in Salzburg seien sowohl in zeitlicher als auch in örtlicher Hinsicht derart differenziert ausgestaltet, „dass sich das Verbot (...) nicht als verfassungsrechtlich verpöntes absolutes Bettelverbot erweist“ und somit ein zeitlich bzw. örtlich ausgestaltetes Bettelverbot möglich ist.

Um auch in Graz ein solches Bettelverbot umsetzen zu können, soll das Steiermärkische Landessicherheitsgesetz an die Salzburger Normen angepasst werden und dementsprechend ein sektorales Bettelverbot für Graz ermöglicht werden. Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, in welcher Form Gespräche mit dem Land aufgenommen und Änderungen seitens der Stadt Graz nach Salzburger Vorbild angestoßen und umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.20 Gehsteig und Zwischenlösung Schwarzer Weg
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Laut einem Zeitungsbericht soll als Zwischenlösung für die Situation am Schwarzen Weg eine Unterführung für Fußgänger und Radfahrer geplant sein. Zur Steigerung der Verkehrssicherheit sollte in diesem Bereich aber auch ein Fußgängerübergang bzw. Zebrastreifen mitangedacht werden.

Wenn an dieser Stelle ein solcher Fußgängerübergang nicht umsetzbar ist, könnten relevante Stellen am Boden markiert werden. Ein Beispiel hierfür ist die Feldkirchner Straße in Seiersberg, in der Übergänge und Ausfahrten eine solche Markierung aufweisen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann zur Erhöhung der Sicherheit ein Fußgängerübergang oder eine Markierung wie im Motiventext beschrieben errichtet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.21 Glassammelcontainer Gadollaweg/Rudersdorfer Straße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Vor dem Haus Gadollaweg 2 und 4 befinden sich Glassammelcontainer, die zu einem Großteil nicht von Anrainern verwendet werden. Deren Lage ist ungünstig gewählt, da die Container an der Hauptstraße in unmittelbarer Nähe zu den Wohnhäusern stehen. Hier kommt es immer wieder vor, dass die Sammelcontainer auch von ortsfremden Personen angefahren werden, die hier ihren Müll entsorgen. Diese halten ihr Fahrzeug bei laufendem Motor, was die Anrainer belastet.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Glascontainer entfernt bzw. versetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.22 Lärmbelästigung Oeverseepark
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Vor allem in den warmen Jahreszeiten sind die Grazer Parks gut und lange besucht. Sie dienen als Naherholungsgebiet, als Spielflächen und werden auch zum Feiern

aufgesucht. Letzteres geschieht im Oeverseepark zum Leidwesen der Anrainer und Klienten der naheliegenden Albert Schweitzer Klinik.

Um ein gedeihliches Miteinander in der Stadt Graz zu gewährleisten, ist es notwendig, an solchen Orten vermehrt Kontrollen durchzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, vielen Bürgeranliegen, im Rahmen eines Kompromisses, gerecht zu werden. Sollte das nicht ausreichen, muss auch über zeitlich begrenzte Parkschließungen nachgedacht werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann verstärkte Kontrollen oder gegebenenfalls zu bestimmten Zeiten Parkschließung im Oeverseepark möglich sind.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.23 Photovoltaik-Förderung (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Laut der Beantwortung unseres Antrages zum Klimaschutzfonds/PV-Anlagen wird das Sonderförderpaket der Stadt Graz in den Budgetverhandlungen aufgenommen.

Nun ist jedoch klar, dass nach Abhandlung der bestehenden Anträge bis 10.01.2023 keine Weiterführung geplant ist. Auf Grund der großen Nachfrage und der

Nachhaltigkeit der geförderten Anlagen ist dies ein großer Bestandteil der Grazer Klimaziele.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Fortführung des Sonderförderpakets des Klimaschutzfonds in den bisherigen Anträgen entsprechendem Rahmen umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.24 Plakatwände Schleifbachgasse
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In der Schleifbachgasse steht seit langem eine Plakatwand, die jedoch kaum gepflegt bzw. bestückt wird. Um das Ortsbild zu verschönern, soll eruiert werden, inwieweit diese Plakatwände überhaupt noch Verwendung finden bzw. soll ein Weg gefunden werden, ihr Erscheinungsbild aufzuwerten.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann für die betreffenden Plakatwände eine Lösung laut Motiventext gefunden werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.25 Rauchverbot und verstärkte Kontrollen durch die Ordnungswache
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Auf Grund einer Verordnung aus dem Jahr 2020 ist das Rauchen auf Spielplätzen in Graz verboten. Zudem plant die Bundesregierung, das Tabak- und Nichtraucherschutzgesetz auszuweiten und auch bundesweit ein Rauchverbot auf Spielplätzen zu erlassen. Damit eine Verordnung oder Gesetz nicht „zahnlos“ ist, sind wiederkehrende Kontrollen in Parks und auf Spielplätzen notwendig.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Kontrollen im Sinne des Motiventextes erhöht werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.26 Sicherheit auf den Grazer Mur-Stegen
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Pongratz-Moore-Steg bietet auf Grund seiner Breite kaum ausreichend Platz.

Immer wieder kommt es zu gefährlichen Situationen, da Radfahrer mit zu hoher Geschwindigkeit über den Steg fahren und somit gefährliche Situationen provozieren. Hier wäre es angebracht, bereits bei den Auffahrtsrampen und den Aufgängen darauf hinzuweisen, dass im Schrittempo zu fahren bzw. Fahrräder über den Steg geschoben werden müssen.

Entsprechende Beschilderungen könnten zur Bewusstseinsbildung an jedem Mur-Steg angebracht werden und so zu mehr Rücksichtnahme beitragen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Beschilderung laut Motiventext angebracht werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.27 Spielplatz Dechant-Binder-Anlage
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Spielplatz in der Dechant-Binder-Anlage wird sowohl von den Kindern der Anlage als auch von Kinder der umliegenden Siedlungen sehr gerne und oft genutzt. Aus diesem Grund sollen weitere Spielgeräte verbaut werden, um den zahlreichen Kindern ein attraktives Freizeitangebot zu bieten.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Erweiterung des Angebots auf besagtem Spielplatz umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.28 Bademöglichkeit für Hunde (Auwiesen)
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Tümpel, die in den Auwiesen als Bademöglichkeit für Hunde dienen, verursachen im Sommer unangenehme Gerüche und entwickeln sich zu Schlammlöchern, wenn sie zu wenig gepflegt werden.

Abhilfe kann eine höhere Pflegefrequenz oder auch eine separate Wasserzuleitung bzw. Wasserableitung schaffen. Eine Möglichkeit wäre auch, einen Wassersprinkler zu installieren, der das Wasser in Bewegung und somit vitaler hält.

Da sich auf Grund der Strömung nicht alle Hunde direkt in der Mur erfrischen können, stellen die Tümpel ein umfangreiches Angebot für alle Nutzer der Auwiesen dar.

Außerdem wird mit gepflegten Tümpeln das Ortsbild aufgewertet und die Bereiche bleiben für alle Besucher interessant.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats mögen prüfen, ob und bis wann eine dem Motiventext entsprechende Verbesserung und Aufwertung umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.29 Erweiterung der Abfahrzeiten Linie 68 ab St. Peter Schulzentrum (GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Das St.-Peter-Schulzentrum ist Dreh- und Angelpunkt für Berufsschule, BRG Petersgasse und des WIKU BRG Graz. Die Buslinie 68 bildet ab der Haltestelle St.-Peter-Schulzentrum eine direkte Verbindung in Richtung Lustbühel. Diese Anbindungsmöglichkeit mit dieser Streckenführung endet jedoch mit 13:54 Uhr.

Da die Verbindung von einem Betreiber der Verbundlinien organisiert wird, sollen bei nächster Gelegenheit Gespräche aufgenommen werden, sodass die Schulzeiten der betreffenden Schulen bei der Verbindungsbereitstellung mitberücksichtigt werden und den Schülern auch nach 14 Uhr eine direkte Verbindung vom St.-Peter-Schulzentrum in Richtung Lustbühel zur Verfügung steht.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats sollen prüfen, ob und wann eine Anpassung der Abfahrtszeiten laut Motiventext möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.30 Gehsteig Landestierheim Grabenstraße 113
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Auf Grund des zum Grundstück des Landestierheims (Grabenstraßen 113) geneigtem Gehsteiges kommt es hier bei größeren Regenmengen immer wieder zu Überschwemmungen.

Um dem entgegenzuwirken, ist eine Adaptierung notwendig. Als Ausgleich zur Neigung des Gehsteiges könnte eine Barriere den Wassereintritt zum Grundstück hin verhindern.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats sollen prüfen, ob und wann eine Adaptierung laut Motiventext möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.31 Sperrmüllabholung im Gemeindebau
(GR Mag. Michael Winter, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In den letzten Jahren wurde immer wieder eine Sperrmüllentsorgung im Grazer Gemeindebau organisiert. Die Container standen meist zwischen 7.00 bis 13.00 Uhr in der Siedlung für die kostenlose Entsorgung zur Verfügung. Wenn die Container voll waren, wurden sie gegen leere Container ausgetauscht.

Die Bewohner haben diese Möglichkeit dankbar angenommen und ihren Unrat, aber auch Müll aus den Kellern, Stiegehäusern und diversen Räumen von Keller bis Dachboden entsorgt.

In den Gemeindebauten bleibt bei Übersiedelungen oft auch Sperrmüll zurück. Die Kosten für Entsorgung müssen dann die Mieter tragen. Zudem führt Müll bzw. Sperrmüll oft auch zu Streitigkeiten unter den Nachbarn. Eine zentral koordinierte und wiederkehrende Sperrmüllabholung fördert Ruhe, Zufriedenheit und Sauberkeit in den Siedlungen und verhindert übermäßige Sperrmüllablagerungen in Kellern und Dachböden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Sperrmüllabholung wie im Motiventext beschrieben eingeführt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.32 Bürgerbeteiligung zur geplanten Radewegverbindung bei der Autobahn A 2
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Aktuell befindet sich der Neubau der Autobahnbrücke A2 einschließlich der neuen Radwegverbindung über die Mur in Planung. Dieses Projekt stellt eine signifikante Verbesserung des Radnetzes in Liebenau dar und ist daher zu befürworten.

Die direkt betroffenen Anrainer wurden bisher jedoch nicht in die Planung eingebunden. Es wäre aus unserer Sicht sinnvoll, einen Bürgerbeteiligungsprozess durchzuführen, um die Bürger über die aktuellen Pläne zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen und Bedenken zu äußern.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

gem. § 17 der GO des Gemeinderats

der Landeshauptstadt Graz:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht die Anrainer in Liebenau über die Errichtung der Radwegverbindung bei der A2-Autobahnbrücke zu informieren und in den Planungsprozess einzubinden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 30. März 2023

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 21.28 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeisterin
Elke Kahr

Bürgermeisterin-Stellvertreterin
Mag.^a Judith Schwentner

Stadtrat
Mag. Robert Krotzer

Stadtrat
Manfred Eber

Schriftführer und Schriftprüferin:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Mag.^a Ulrike Taberhofer

wörtliches Protokoll erstellt von: Daniela Hagendorfer